

Schweiz:

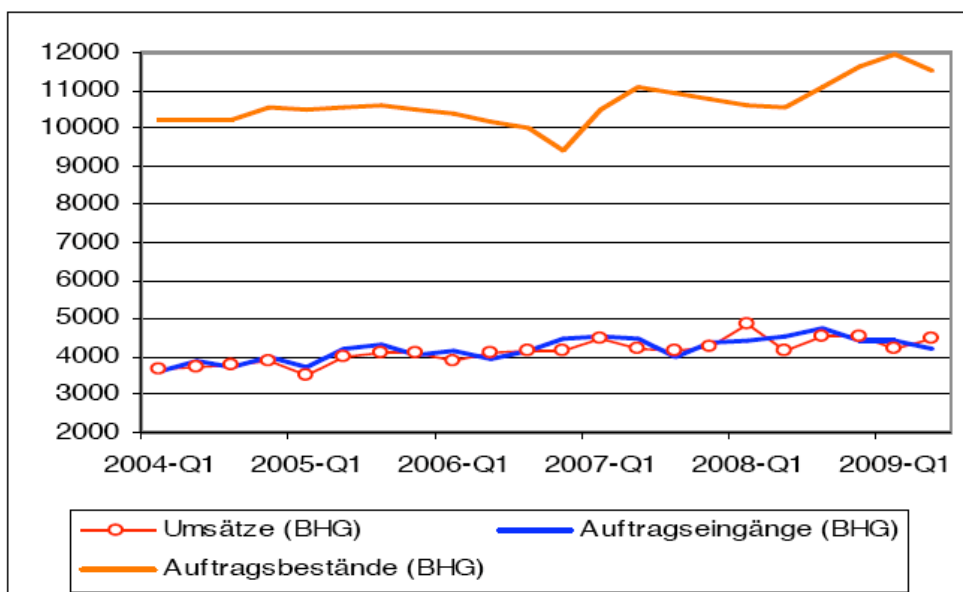
Die Situation der Bauwirtschaft und die Rolle staatlicher Konjunkturprogramme

In der Schweiz wurde der vor allem Finanzsektor und die Exportwirtschaft von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Dank bis heute relativ stabilem Inlandkonsum wurde die Binnenwirtschaft und insbesondere auch der Bausektor bis heute weitgehend verschont. Die Konjunkturprogramme der Regierung stützen die Bauwirtschaft, sind jedoch ungenügend.

Schweizer Bauwirtschaft noch stabil

Während die Exporte gegenüber dem letzten Jahr um 17 Prozent zurückgingen und das Bruttoinlandsprodukt 2009 um 2 bis 3 Prozent sinken wird, haben sich Bautätigkeit und Auftragsvolumen im Baugewerbe ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres gehalten. Dies, nachdem die Bautätigkeit aber auch die Beschäftigung bis ca. Mitte 2008 noch stetig zugenommen hatten. Die Schweiz gehörte nicht zu jenen Ländern, deren Immobilien- und Bausektor 2007 völlig überhitzt war und dann mit einem grossen Knall platzte, wie dies in den USA, Irland oder Spanien der Fall war. Dies erklärt auch die relative Stabilität des Sektors bis heute.

Entwicklung des Umsatzes, der Auftragseingänge und der Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe, 1. Quartal 2004 bis 2. Quartal 2009, saisonbereinigte Reihen



Quelle: SSE/SBV

Die Prognosen für 2010 gehen noch sehr weit auseinander. Während die Konjunktexperten der UBS für 2010 schon wieder ein deutliches Wachstum des BIP voraussagen, geht das renommierte Wirtschaftsinstitut der ETH Zürich (KOF-ETHZ) von einem Nullwachstum aus. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB befürchtet sogar, dass die Wirtschaftsleistung weiter im Minus bleibt. Die Entwicklung im Bausektor hängt einerseits von der Qualität sowie der Dauer der staatlichen Konjunkturmassnahmen und andererseits von der Entwicklung des Wohnungsbaus ab. Dieser macht rund 50% der Investitionen im Bausektor aus. Der Wohnungsbau wird nicht mehr unbedingt durch eine starke demografische

Entwicklung infolge der Einwanderung gestützt. Der Wohnungsbau hängt aber auch von der Entwicklung der Hypothekarzinsen, die eher tief sind, und der Löhne ab. Gemäss Berechnungen des SGB führt eine Erhöhung der realen Löhne um 1% nach rund einem Jahr zu einer Zunahme der Bauinvestitionen leicht mehr als 1,5%. Dank der guten Ergebnisse der Lohnverhandlungen im letzten Herbst konnte u.a. bis heute auch eine gewisse Dynamik im Bausektor aufrechterhalten werden. Für das Jahr 2010 ist mit einer Stagnation, 2011 mit einem Rückgang der Bautätigkeit zu rechnen, aber nicht mit einem eigentlichen Einbruch. Die Konjunkturexperten sind sich aber auch bezüglich des Bausektors völlig uneinig:

Prognosen Schweiz im Überblick

Reale Veränderung gegenüber Vorjahr

	2009		2010	
	BIP	Bauinvest.	BIP	Bauinvest.
KOF/ETHZ	-3.4	0.2	0.1	0.1
Seco ((Bundesamt für Wirtschaft)	-1.7	-2.0	0.4	0.5
UBS	-1.5	1.8	1.7	-1.1

Quelle: Konjunkturberichte der gen. Institute

Arbeitslosigkeit steigt weiter

Die Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz stark angestiegen, allerdings von einem tieferen Niveau als in anderen Ländern. Die Arbeitslosenquote in diesem Herbst die Vierprozentmarke überschritten. Unser Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit rechnet für nächstes Jahr mit einem Ansteigen der Arbeitslosenquote auf deutlich über 5 Prozent. Dies scheint im internationalen Vergleich nicht besonders hoch. Für die Schweiz ist dies aber die höchste Arbeitslosigkeit seit dem zweiten Weltkrieg. Besonders hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit: Tausende von Jugendlichen beenden dieses und nächstes Jahr ihre Ausbildung und haben nur eine geringe Chance, eine Stelle zu finden. Dies beinhaltet sozialen Zündstoff.

Im Baugewerbe ist die Beschäftigung erst leicht zurückgegangen. Der Arbeitsplatzabbau wird sich nächstes Jahr aber beschleunigen und die Arbeitslosenzahlen werden ansteigen.

Die Schweizer Gewerkschaften haben deshalb sehr früh konjunkturpolitische und arbeitsmarktpolitische Massnahmen gefordert, um die Krise abzufedern. Die Vorschläge von Gewerkschaften und Linksparteien sind bis heute aber nur zum Teil umgesetzt worden.

Die konjunkturpolitischen Massnahmen des Bundes im Überblick

Erstes Stabilisierungspaket:

Zur Stabilisierung der Wirtschaftslage in der Schweiz hat der Bundesrat bis Mitte 2009 drei Massnahmenpakete geschnürt. In der im Dezember 2008 von den eidgenössischen Räten verabschiedeten ersten Stufe der Stabilisierungsmassnahmen im Wert von 900 Millionen Franken wurde die Auszahlung der Arbeitsbeschaffungsreserven (Fr. 550 Mio.) freigegeben und die Kreditsperre verschiedener Departemente aufgehoben (Fr. 205 Mio.).

Zudem wurden gezielte Investitionen in den Bereichen Hochwasserschutz, Wohnraumförderung und Unterhalt der Zivilbauten des Bundes (total Fr. 136 Mio.) im Sinne von Aufstockungen zum Budget 2009 sowie energetische Gebäudeerneuerungen (Fr. 86 Mio.) vorgenommen. Diese Massnahmen haben auch direkt die Bauwirtschaft stimuliert. Auch die Mittel für die Exportförderung wurden um Fr. 10 Mio. aufgestockt.

Zweites Stabilisierungspaket:

Im Rahmen des im März 2009 vom Parlament beschlossenen Kredits von Fr. 710 Mio. kommen auch die Kantone zum Zug. Jeder Franken, den sie für die Förderung der Energieeffizienz im Gebäudebereich ausgeben, werden vom Bund via eines Rahmenkredits von Fr. 30 Mio. verdoppelt. Nebst den Energieprojekten sind in diesem zweiten Stabilisierungspaket auch Mehrausgaben für den Strassenbau und die Eisenbahn (Fr. 395 Mio.), die Förderung von Infrastrukturprojekten im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (Fr. 100 Mio.) sowie die Unterstützung von Wald-, Natur- und Landschaftsschutzprojekten (Fr. 20 Mio.) vorgesehen. Dem drohenden Nachfrageeinbruch im Tourismus wird mit einer zusätzlichen Marketing-Offensive (Fr. 12 Mio.) entgegengewirkt. Es wird schliesslich versucht, die negativen Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt und die Exportwirtschaft durch gezielte Gesetzesänderungen abzuschwächen. So wird u. a. die Höchstdauer für Kurzarbeitentschädigung von 12 auf 18 Monate verlängert und die Weiterbildung in Unternehmen während der Dauer der Kurzarbeit zugelassen. Im Exportbereich werden die Versicherungsleistungen der Schweizerischen Exportrisikoversicherung vorübergehend durch zusätzliche Garantien ergänzt.

Über die zweite Stufe der Stabilisierungsmassnahmen hinaus hat der Bundesrat im Februar 2009 zwei fiskalische Massnahmen beschlossen, um die Kaufkraft der Bevölkerung mittelfristig zu erhöhen. Erstens sollen durch einen vorzeitigen Teuerungsausgleich im Jahre 2010 rund 400 Mio. Franken bei den Steuerzahlern verbleiben. Zweitens werden die Haushalte von zusätzlichen 600 Mio. Franken pro Jahr profitieren können, wenn die vom Bundesrat ausgearbeitete Vorlage zur Reform der Familienbesteuerung im Anschluss auf die Vernehmlassung vom Parlament genehmigt wird.

Drittes Stabilisierungspaket:

Aufgrund der düsteren Prognosen, die seit Monaten auf eine schwere und lang andauernde Rezession hindeuteten, hat der Bundesrat im Juni 2009 die Auslösung der dritten Stufe von Stabilisierungsmassnahmen dem Parlament vorgeschlagen. Das Parlament hat schliesslich im September ein Paket mit einem Gesamtvolumen von 944 Millionen Franken verabschiedet. Es besteht vorwiegend aus Massnahmen zur Vermeidung der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit (Fr. 250 Mio.), wie die Förderung der Weiterbildung arbeitsloser Lehrabgänger/innen, die Finanzierung von Arbeitseinsätzen in Verwaltungen oder Zuschüsse für die unbefristete Einstellung junger Stellensuchender. Zur Erhaltung der Kaufkraft wurde die vorzeitige Rückvergütung der CO₂-Abgabe an die Haushalte beschlossen (650 Mio).

Kritik an den Konjunkturprogrammen und Forderungen der Gewerkschaften

Das Gesamtvolumen der drei Pakete beträgt rund 3,6 Milliarden Franken oder rund 0,7 Prozent des BIP. Dies inklusive der geplanten Steuererleichterungen, deren Wirkung von den Gewerkschaften angezweifelt wird. Das Volumen ist angesichts der gravierenden Krise und im Vergleich zum schweizerischen Bruttoinlandprodukt (BIP) nach Meinung verschiedener ExpertInnen um Milliardenbeträge zu klein. Würde die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Zielgrösse von 3% des BIP berücksichtigt, dann müsste sich das Volumen auf rund 15 Milliarden belaufen. Auch angesichts des Sanierungspakets für die angeschlagene UBS, das 68 Milliarden Franken umfasste, erscheint das Volumen der drei Konjunkturprogramme eher bescheiden. Eine kleinere Anzahl von Kantonen haben noch zusätzliche Konjunkturprogramme beschlossen. Die meisten blieben jedoch passiv. Kantone und Gemeinden haben in der Schweiz in vielen Bereichen Finanzhoheit und bestreiten etwa zwei Drittel aller öffentlichen Ausgaben. Deren Ausgabenpolitik ist aber oft wenig

konjunkturgerecht.

Allein die von den Krankenkassen angekündigte Erhöhung der Beiträge von fast 9 Prozent wird die Kaufkraft nächstes Jahr um über 2 Milliarden Franken einschränken und die Rückvergütung der CO₂-Abgabe und die geplanten Steuererleichterungen zunichte machen. Stellt man noch die steigende Arbeitslosigkeit, die anhaltende Kurzarbeit und die in verschiedenen Unternehmen vorgenommenen Lohnkürzungen in Rechnung, muss für die kommenden Monate ein Rückgang der Kaufkraft befürchtet werden. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wollte deshalb auch eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse an die Krankenkassenbeiträge durchsetzen. Im Parlament wurde dies aber abgelehnt.

Vor allem im ersten und zweiten Stabilisierungsprogramm wurden rund 830 Millionen Franken für im eigentlichen Sinn „keynesianische“ Ankurbelungsprogramme ausgegeben, die namentlich bauliche Massnahmen, inkl. Naturschutzprojekte, Förderung der Photovoltaik etc. nach sich ziehen. Diese Investitionen tragen wesentlich dazu bei, dass der öffentliche Bau noch immer Zuwächse zu verzeichnen hat und werden sich stabilisierend auf die Gesamtnachfrage auswirken. Auch diese Wirkung muss allerdings angesichts des bescheidenen Volumens relativiert werden. Das dritte Stabilisierungspaket beinhaltet gar keine Investitionen mehr, obschon der Schweizerische Gewerkschaftsbund nochmals ein Programm von 5 Milliarden gefordert hatte. Dieses hätte u.a. auch die Sparmassnahmen kompensieren sollen, welche angesichts der knapperen Finanzen viele Kantone und Gemeinden beabsichtigen oder bereits durchführen.

Auch der Bundesrat plant für die nächsten Jahre diverse Sparmassnahmen. Die Gewerkschaften bekämpfen insbesondere die geplanten Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung, die ausgerechnet die jugendlichen Erwerbslosen treffen und die Kaufkraft weiter senken würden.

Grosses Gewicht legen die Gewerkschaften auf die Lohnrunde 2009/2010, die in den meisten Branchen im Gange ist. Die Gewerkschaften verlangen 1.5 bis 2 Prozent mehr Lohn. Für nächstes Jahr wird wieder eine leichte Teuerung erwartet. Zudem beträgt die Belastung der Haushalte durch die steigenden Krankenkassenprämien allein 0.6 bis 0.8 Prozent der Einkommen. Für die Erhaltung der Kaufkraft und somit auch der Stabilisierung des Inlandkonsums ist deshalb eine moderate Steigerung der Löhne nötig. Die Gewerkschaft Unia hat für das Baugewerbe eine Lohnerhöhung von 120 Franken im Monat gefordert, was ungefähr 2 Prozent entspricht. Das Baugewerbe, mit seiner relativ stabilen Beschäftigungslage, wäre an sich im Stande eine Realloohnerhöhung zu zahlen. Nach zähen Verhandlungen haben sich jetzt die Sozialpartner auf eine Lohnerhöhung von 1 Prozent und eine zusätzliche Verbesserung der Spesenentschädigungen geeinigt.

Hans Baumann/06.11.2009